Konzessionsvertrag

über die

Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Verteilungsanlagen
für die Gasversorgung im Stadtgebiet

zwischen der

Stadt Holzgerlingen
(nachstehend „Stadt“ genannt)

und der

Netze BW GmbH
(nachstehend „Netze BW“ genannt)

§ 1

Ziel des Vertrages

¹Ziel dieses Vertrages ist es, durch Bereitstellung und Betrieb eines Gasversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung gemäß § 3 Nr. 17 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) unter Nutzung städtischer Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit im Konzessionsgebiet mit Gas zu gewährleisten. ²Die Netze BW wird das Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen betreiben. ³Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende maßgebliche Erfordernisse, die einen reibungslosen und modernen Netzbetrieb ermöglichen, wird die Netze BW im Blick haben. ⁴Dies kann folgende Themen betreffen: Investitionsfähigkeit, Vermeidung von Fachkräftemangel, Weiterbildung des Personals, Digitalisierung von Prozessen, Störungs- und Krisenmanagement, IT-Sicherheit, klimafreundlicher Netzbetrieb, kommunale Wärmeplanung und innovative Kundenlösungen. ⁵Im Hinblick auf dieses Ziel werden Stadt und Netze BW vertrauensvoll zusammenarbeiten.

§ 2

Art und Umfang des Betriebs des Gasversorgungsnetzes

- (1) ¹Die Netze BW errichtet und betreibt im gesamten Konzessionsgebiet (entsprechend der Anlage Karte) ein Gasversorgungsnetz, das eine allgemeine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sicherstellt. ²Die Verteilungsanlagen stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt der Netze BW. ³Diese führt als Netzbetreiberin in der Stadt nach den Bestimmungen des EnWG sowie der auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen, Normen, Regeln und Vorgaben den Netzbetrieb zur Ermöglichung der allgemeinen Versorgung mit Gas durch. ⁴Die Netze BW wird demgemäß jedermann in der Stadt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an ihr

Versorgungsnetz anschließen und ihm die Entnahme von Gas aus dem Netz ermöglichen. ⁵Eine Anschlusspflicht besteht im Rahmen der §§ 17, 18 EnWG.

- (2) Die Netze BW sichert eine 24/7-Störungshotline zu.
- (3) ¹Die Netze BW stellt sicher, dass ein Ansprechpartner für den kontinuierlichen Austausch mit der Stadt zur Verfügung steht. ²Die Netze BW hält die Kontaktdaten des Ansprechpartners jederzeit aktuell.

§ 3

Grundstücksbenutzung

- (1) ¹Die Stadt gestattet der Netze BW, alle im Konzessionsgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie die öffentlichen Gewässer), über die ihr das Verfügungsrecht zusteht, für die Errichtung und den Betrieb von Verteilungsanlagen zur Verteilung und Abgabe von Gas im Konzessionsgebiet zu benutzen. ²Dieses Nutzungsrecht gilt auch für Verteilungsanlagen, die nicht oder nur teilweise der Versorgung im Konzessionsgebiet dienen. ³An den übrigen Bauwerken und Grundstücken der Stadt wird der Netze BW ein entsprechendes dingliches Nutzungsrecht eingeräumt; über die Einzelheiten ist jeweils eine gesonderte Vereinbarung abzuschließen, die die beiderseitigen Interessen ausgewogen berücksichtigt.
⁴Verteilungsanlagen im Sinne dieses Vertrages sind alle ober- und unterirdischen Anlagen für den Netzbetrieb, einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör, wie z. B. Leitungen, Armaturen, Gasdruckregel- und Messanlagen sowie Mess-, Steuer- und Telekommunikationseinrichtungen. ⁵Für durch die Netze BW neu zu errichtende Telekommunikationsleitungen, die nicht zum Netzbetrieb erforderlich sind, gilt das Telekommunikationsgesetz (TKG).
- (2) ¹Benötigt die Netze BW zur Errichtung von Verteilungsanlagen stadteigene Grundstücksflächen, soll die Stadt diese entweder an die Netze BW zu ortsüblichen Preisen veräußern oder der Netze BW aufgrund eines dinglichen Rechts gegen eine angemessene Entschädigung zur Nutzung überlassen. ²Die hierbei anfallenden Kosten trägt die Netze BW.

- (3) ¹Für Verteilungsanlagen, die nicht ausschließlich der Versorgung in der Stadt dienen, räumt die Stadt der Netze BW auf deren Wunsch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten ein. ²Die Netze BW zahlt dabei an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe. ³Bei land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sind dies die mit den jeweiligen zuständigen Forstbehörden und Bauernverbänden zu vereinbarenden Sätze. ⁴Die bei der Einräumung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt die Netze BW.
- (4) ¹Beabsichtigt die Stadt, Grundstücke, auf denen sich Verteilungsanlagen der Netze BW befinden, an Dritte zu veräußern, wird die Stadt die Netze BW rechtzeitig vor der Veräußerung hierüber unterrichten. ²Sofern Verteilungsanlagen der Netze BW nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Stadt an diesen Grundstücken vor Veräußerung auf Verlangen der Netze BW zu deren Gunsten beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. ³Abs. 2 Satz 2 sowie Abs. 3 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (5) ¹Soweit die Stadt einem Dritten die Führung von Leitungen in öffentlichen Verkehrsräumen bzw. über ihr Eigentum gestattet, wird sie dafür Sorge tragen, dass sich dieser mit der Netze BW über die Leitungsführung verständigt.
²Bei Näherungen, Kreuzungen usw. von Leitungen sollen die Kosten von Schutzmaßnahmen, Leitungsverlegungen usw. von demjenigen getragen werden, der seine Anlagen zuletzt errichtet oder ändert. ³Die Stadt wird sich bemühen, dies bei Abschluss von Verträgen mit Dritten sicherzustellen.
⁴Bei Leitungsbaumaßnahmen von Unternehmen, die zu 100 % im Eigentum der Stadt stehen, gelten hinsichtlich der Kostentragung ausschließlich die Regelungen des § 6. ⁵Gleiches gilt für Leitungsbaumaßnahmen von Zweckverbänden, sofern der ausführende Zweckverband die Erfüllung städtischer Aufgaben übernommen hat und die betreffende Baumaßnahme ausschließlich der Versorgung in einer oder mehreren Gemeinden dient, mit welchen ein Konzessionsvertrag mit der Netze BW besteht.
- (6) ¹Bei Vergabe von Wegenutzungsrechten gemäß § 46 Abs. 1 EnWG an Dritte wird die Stadt zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen – soweit gesetzlich zulässig – den entsprechenden Vereinbarungen wirtschaftlich gleichwertige

Bedingungen zugrunde legen, wie sie in diesem Vertrag vereinbart sind. ²Hierzu gehört insbesondere, dass die Zahlung der höchstzulässigen Konzessionsabgabe und eine Kostentragungspflicht bei Änderung der Verteilungsanlagen vereinbart wird, welche die Stadt nicht ungünstiger als nach § 6 stellt.

§ 4

Konzessionsabgabe, Kommunalrabatt, Verwaltungskostenbeitrag

- (1) Als Entgelt für die nach § 2 Abs. 1 eingeräumten Nutzungsrechte zahlt die Netze BW an die Stadt Konzessionsabgaben im gesetzlich jeweils höchstzulässigen Umfang gemäß der Konzessionsabgabenverordnung (KAV).
- (2) ¹Die maßgebliche Einwohnerzahl für die Bemessung der Konzessionsabgabe ist die durch das zuständige statistische Landesamt fortgeschriebene und veröffentlichte Einwohnerzahl (§ 2 Abs. 2 KAV) zum 30. Juni eines Jahres. ²Ändert sich die Größenklasse der Stadt, ist diese Änderung ab dem 1. Januar des auf die Veröffentlichung folgenden Jahres anzuwenden.
- (3) ¹Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Gas an Letztverbraucher, so sind von der Netze BW für diese Lieferungen Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie die Netze BW bei einer Lieferung durch verbundene oder assoziierte Unternehmen in diesem Konzessionsgebiet zu zahlen hätte. ²Dies gilt, solange und soweit es der Netze BW möglich ist, diese Konzessionsabgaben dem Netznutzungsentgelt hinzuzurechnen und in Rechnung zu stellen.
- (4) Macht der Dritte geltend, auf seine Lieferungen von Gas entfielen keine oder niedrigere Konzessionsabgaben, wird die Netze BW von ihm einen Nachweis in einer nach der KAV geeigneten Form verlangen.
- (5) Wird ein Weiterverteiler über den öffentlichen Verkehrsraum mit Gas beliefert, das er ohne Benutzung solcher Flächen an Letztverbraucher weiterleitet, hat die Netze BW für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe an die Stadt zu zahlen, wie sie ohne Einschaltung des Weiterverteilers angefallen wären.
- (6) ¹Auf die Konzessionsabgabenzahlungen an die Stadt werden von der Netze BW vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von jeweils 25 % des

Vorjahresbetrages am Ende des abgelaufenen Quartals geleistet. ²Die Abrechnung der für ein Kalenderjahr zu bezahlenden Konzessionsabgaben erfolgt bis spätestens Ende März des folgenden Jahres. ³Dabei sind die Abrechnung, die ihr zugrunde gelegten Daten sowie deren Ermittlung nachvollziehbar darzustellen.

- (7) Die Netze BW wird nach der Berechnung der Konzessionsabgaben für jedes Kalenderjahr durch einen Wirtschaftsprüfer die Ordnungsmäßigkeit der Abrechnung für die Netze BW insgesamt überprüfen und testieren lassen; eine Kopie des Testats ist der Stadt auf Anforderung zu überlassen.
- (8) Die Stadt erhält einen Nachlass im gesetzlich jeweils höchstzulässigen Umfang (Kommunalrabatt), d. h. derzeit in Höhe von 10 % des Rechnungsbetrags für den Netzzugang im Niederdrucknetz gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KAV bei allen vollständig eigengenutzten Anlagen, die im Verrechnungsdruck (= Eingangsdruck am Zähler) von weniger als 100 mbar betrieben werden, hinsichtlich des Bezugs von Gas für den gemeindlichen Eigenverbrauch.
- (9) Für konkrete Leistungen, die die Stadt auf Verlangen oder im Einvernehmen mit der Netze BW zum Vorteil der Netze BW erbringt und die die Stadt im Einzelnen aufzuschlüsseln hat, gewährt die Netze BW im gesetzlich zulässigen Umfang Verwaltungskostenbeiträge.
- (10) Die Netze BW wird der Stadt gemäß § 48 Abs. 4 EnWG die Konzessionsabgabe und den Kommunalrabatt nach Auslaufen der Konzession bis zur Übertragung der Verteilungsanlagen auf einen neuen Vertragspartner nach § 46 Abs. 2 EnWG weiter gewähren, wenn dies nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Recht zulässig ist und die Netze BW in diesem Zeitraum das Netz betreibt.
- (11) ¹Die Netze BW schuldet der Stadt die Konzessionsabgabe und den Kommunalrabatt im gesetzlich höchstzulässigen Umfang jeweils zuzüglich Umsatzsteuer. ²Die Stadt und die Netze BW sind sich einig, dass die Abrechnung der Konzessionsabgabe sowie des Kommunalrabatts im Wege der umsatzsteuerlichen Gutschrift gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 Umsatzsteuergesetz (UStG) durch die Netze BW erfolgt. ³Die Stadt muss der Netze BW sämtliche Informationen, wie die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer bzw. die Steuernummer zur Verfügung stellen,

die für die Erstellung einer Gutschrift i. S. d. § 14 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 UStG erforderlich sind.

§ 5

Bau und Betrieb von Verteilungsanlagen

- (1) ¹Die Netze BW errichtet die Verteilungsanlagen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und hält diese in einwandfreiem, betriebsfähigem Zustand.
²Die Netze BW wird die Verteilungsanlagen im Konzessionsgebiet so planen, errichten, instand halten und betreiben, dass eine sichere und wirtschaftliche Betriebsweise möglich ist. ³Dabei wird die Netze BW auch die Belange des Umweltschutzes in angemessener Weise berücksichtigen.
- (2) ¹Die Netze BW wird die Stadt rechtzeitig über beabsichtigte Baumaßnahmen an den Verteilungsanlagen informieren, um damit der Stadt die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. ²Ebenso wird die Stadt die Netze BW rechtzeitig über Planung und Durchführung von Baumaßnahmen unterrichten, die Einfluss auf vorhandene Verteilungsanlagen oder deren Planung haben können. ³Sofern die durchzuführenden Arbeiten der unaufschiebbaren Behebung von Störungen oder Schäden dienen, ist der jeweilige Vertragspartner unverzüglich zu informieren bzw. die Unterrichtung so rasch wie möglich nachzuholen.
- (3) ¹Die Netze BW wird vor der Errichtung neuer sowie vor Erweiterung und Änderung bestehender Verteilungsanlagen die Zustimmung der Stadt einholen, soweit öffentliche Verkehrswege oder sonstige Grundstücke der Stadt berührt werden. ²Die Zustimmung kann nur versagt werden, wenn überwiegende öffentliche Interessen oder sonstige wesentliche Belange der Stadt entgegenstehen. ³Bei Baumaßnahmen geringen Umfangs (insbesondere Baugruben zur Herstellung von Hausanschlüssen, Einbau von Armaturen o. ä. mit einer Grabenlänge von max. 50 m im öffentlichen Verkehrsraum) genügt eine rechtzeitige Anzeige bei der Stadt unter Angabe des Ausführungszeitpunkts und Vorlage eines Lageplans. ⁴Die Stadt kann der Ausführung unter den in Satz 2 genannten Voraussetzungen widersprechen.

- (4) ¹Die Netze BW wird die Netze BW bei der Trassenfindung und der Erlangung der erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für den Bau von Verteilungsanlagen sowie beim Erwerb von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken Dritter im Konzessionsgebiet unterstützen. ²Die Einholung von öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für Baumaßnahmen im Rahmen dieses Vertrages obliegt der Netze BW.
- (5) ¹Die Netze BW hat bei Bauarbeiten Entwässerungsanlagen, Anlagen zur Straßenbeleuchtung, gemeindliche Leitungen oder sonstige gemeindliche Anlagen nach Weisungen der Stadt zu sichern und wiederherzustellen. ²Die gleiche Verpflichtung trifft die Stadt hinsichtlich der Verteilungsanlagen der Netze BW, die durch Arbeiten der Stadt an ihren Anlagen beeinträchtigt werden. ³Satz 1 gilt entsprechend für Anlagen Dritter, die die Erfüllung städtischer Aufgaben übernommen haben. ⁴Die Stadt stellt ihrerseits sicher, dass auch diese Dritten bei ihren Arbeiten betroffene Verteilungsanlagen der Netze BW entsprechend behandeln.
- (6) ¹Nach Beendigung der Bauarbeiten wird die Netze BW die benutzten Grundstücke oder Bauwerke nach Maßgabe der jeweils allgemein anerkannten Regeln der Technik wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen oder wird, sofern die Stadt es wünscht, an Stelle der Wiederherstellung eine entsprechende Entschädigung leisten.
- ²Für die von der Netze BW ausgeführten Bauarbeiten gilt eine Gewährleistungsfrist von fünf Jahren. Sie beginnt mit der Abnahme der wiederhergestellten Oberflächen durch die Stadt, spätestens jedoch 1 Monat, nachdem der Stadt der Abschluss der Bauarbeiten mitgeteilt wurde.
- (7) ¹Die Netze BW führt ein digitales Bestandsplanwerk über ihre in der Stadt vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard. ²Sie stellt der Stadt jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Konzessionsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei der Netze BW vorhandenen digitalen Form unentgeltlich zur Verfügung. ³Soweit verfügbar und gewünscht, werden die Daten auf Basis des aktuellen technischen Standards geliefert. ⁴Dies entbindet die Stadt nicht von ihrer Pflicht, vor der Ausführung von Bauarbeiten das Vorhandensein sowie die genaue Lage von Verteilungsanlagen

der Netze BW im Arbeitsbereich bei dieser zu erheben. ⁵Die Stadt erhält wie jeder Dritte auf Anfrage Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes.

- (8) ¹Die Stadt ist berechtigt, Leerrohre durch die Netze BW mitverlegen zu lassen, wenn dies technisch möglich ist. ²Die Stadt verpflichtet sich, den Mehraufwand zu tragen, welcher der Netze BW durch die Mitverlegung entsteht.
- (9) Die Stadt kann von der Netze BW die Beseitigung endgültig stillgelegter Verteilungsanlagen verlangen, soweit diese Anlagen Maßnahmen der Stadt erschweren oder behindern.

§ 6

Änderung der Verteilungsanlagen

- (1) ¹Die Stadt kann eine Änderung oder Sicherung der Verteilungsanlagen verlangen, sofern dies im öffentlichen Interesse der Stadt notwendig ist (Folgepflicht). ²Die Stadt wird die Netze BW vor allen Maßnahmen, die eine Änderung oder Sicherung von Verteilungsanlagen notwendig machen, unterrichten und ihr dadurch Gelegenheit zur Stellungnahme geben, damit die Änderungen oder Sicherungen zum beiderseitigen Vorteil auf das durch das öffentliche Interesse gebotene Maß beschränkt werden und der angestrebte Zweck mit den für beide Seiten geringsten Aufwendungen erreicht wird. ³Die Stellungnahme der Netze BW hat bis zum Ablauf eines Monats nach Unterrichtung gegenüber der Stadt zu erfolgen. ⁴Will die Stadt eine, ihr fristgerecht zugegangene Stellungnahme für die Änderung oder Sicherung von Verteilungsanlagen vollständig oder teilweise nicht berücksichtigen, so wird die Stadt der Netze BW die Begründung hierfür vor Beginn der Baumaßnahmen mitteilen. ⁵Für Unterrichtungen, Stellungnahmen und Begründungen nach Maßgabe dieses Absatzes gilt jeweils die Schriftform als vereinbart.
- (2) ¹Die Verlegungskosten (Selbstkosten) für Änderungen oder Sicherungen der Verteilungsanlagen, die die Stadt nach Maßgabe des Abs. 1 Satz 1 verlangen kann (Folgekosten), werden außer in den in Abs. 2 Satz 2 benannten Fällen von der

Netze BW getragen. ²Die Stadt trägt die Verlegungskosten, wenn sie vor Beginn der Baumaßnahmen der Netze BW keine Gelegenheit zur Stellungnahme nach Abs. 1 Satz 2 und 3 gegeben hat oder der Netze BW keine Begründung nach Abs. 1 Satz 4 im Falle der Nichtberücksichtigung ihrer Stellungnahme mitgeteilt hat. ³Erfolgt die Änderung der Verteilungsanlagen auf Veranlassung der Netze BW, so trägt die Netze BW die entstehenden Kosten.

⁴Hat die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten oder leisten Dritte Zuschüsse, sind diese zur Minderung der Änderungskosten zu verwenden, soweit dies mit der Zweckbestimmung der geleisteten Zuschüsse in Einklang steht. ⁵Die Kosten-erstattungs-regelung für Sanierungsgebiete gemäß § 150 Baugesetzbuch bleibt unberührt. ⁶Bei dinglich gesicherten Verteilungsanlagen gilt die gesetzliche Folgekostenregelung (§ 1023 BGB).

- (3) Wenn nicht dinglich gesicherte Verteilungsanlagen auf Grundstücken Dritter infolge planerischer Festlegungen der Stadt (z. B. bei der Aufstellung eines Bebauungsplans) verlegt werden müssen, findet Abs. 2 entsprechend Anwendung.
- (4) Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitig schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.
- (5) Die Netze BW stellt sicher, dass sämtliches Personal, das bei Baumaßnahmen zum Einsatz kommt, über die notwendigen Qualifizierungen verfügt.

§ 7

Haftung

¹Die Netze BW haftet der Stadt oder Dritten nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die bei der Errichtung, Änderung, Entfernung oder dem Betrieb von Verteilungsanlagen der Netze BW entstehen. ²Soweit es hierbei auf ein Verschulden der Netze BW ankommt, wird die Netze BW nur dann von der Haftung frei, wenn diese fehlendes Verschulden nachweist. ³Die Netze BW wird die Stadt von etwaigen Ansprüchen Dritter nach Satz 1 freistellen. ⁴Die Stadt wird die Behandlung dieser Ansprüche mit der Netze BW abstimmen. ⁵Die Stadt haftet der

Netze BW nach den gesetzlichen Bestimmungen für Beschädigungen ihrer Verteilungsanlagen, wenn ihr ein Verschulden nachgewiesen wird; die Ersatzpflicht für die Wiederherstellung der beschädigten Anlagen ist auf die dafür entstehenden Selbstkosten beschränkt.

§ 8

Zusammenarbeit zwischen Stadt und Netze BW

- (1) ¹Auf Wunsch der Stadt übermittelt ihr die Netze BW jährlich unentgeltlich die Informationen der **Anlagen 1 und 2** in Form eines schriftlichen Berichts. ²Darüber hinaus kann die Stadt verlangen, dass ihr die Informationen der **Anlagen 1 und 2** entweder nach Maßgabe des Abs. 2 in einem Beirat oder nach Maßgabe des Abs. 3 im Gemeinderat vorgestellt werden.
- (2) ¹Auf Wunsch der Stadt wird für die Laufzeit dieses Vertrages ein Beirat eingerichtet, um die Weiterentwicklung und den Erhalt zukunftsfähiger und moderner Verteilungsanlagen in der Stadt zu begleiten. ²Der Beirat setzt sich aus jeweils vier Vertretern der Stadt und der Netze BW zusammen. ³Er tagt einmal im Jahr auf Einladung der Stadt. Die Stadt lädt in Abstimmung mit der Netze BW zur Sitzung ein. ⁴Die Stadt kann, in Absprache mit der Netze BW, weitere fachkundige Personen als beratende Mitglieder einladen. ⁵In der Sitzung werden von den Vertretern der Netze BW, die in der **Anlage 1** näher dargestellten Informationen präsentiert und gemeinsam mit den Vertretern der Stadt beraten. ⁶Soweit der in diesem Rahmen vorgestellte Investitions- und Instandhaltungsplan nach Einschätzung der Netze BW Entscheidungsspielräume im Hinblick auf die zeitlichen und technischen Ausführungen zulässt, fließt das Beratungsergebnis des Beirats in die Planung der Netze BW ein. ⁷Die Netze BW wird im Rahmen ihrer Präsentation eine aktualisierte Übersicht zu den Netznutzungsmengen, der Zahl der Hausanschlüsse, den Leitungslängen, der Zahl der Stationen sowie der Altersstruktur des Gasversorgungsnetzes gemäß **Anlage 2** vorstellen und gemeinsam mit den Vertretern der Stadt beraten.

- (3) ¹Anstelle der Einrichtung eines Beirats nach Abs. 2 wird auf Wunsch der Stadt die Netze BW im Gemeinderat die in der **Anlage 1** näher dargestellten Informationen einmal im Jahr präsentieren und gemeinsam mit den Vertretern des Gemeinderats beraten. ²Die entsprechende Einladung der Stadt erfolgt schriftlich und muss der Netze BW rechtzeitig mindestens 2 Monate vor der Gemeinderatsitzung zugehen. ³Die Netze BW wird im Rahmen ihrer Präsentation eine aktualisierte Übersicht zu den Netznutzungsmengen, der Zahl der Hausanschlüsse, den Leitungslängen, der Zahl der Stationen sowie der Altersstruktur des Gasversorgungsnetzes gemäß **Anlage 2** vorstellen und gemeinsam mit den Vertretern des Gemeinderats beraten.
- (4) Die Stadt wird die Netze BW frühzeitig und fortlaufend bei der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung beteiligen. Die Netze BW wird bei der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung mitwirken. Bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung werden beide Vertragspartner vertrauensvoll zusammenarbeiten.

§ 9

Vertragsdauer

- (1) Dieser Vertrag beginnt am 01.07.2025 und endet am 30.06.2045 *(20 Jahre)*.
- (2) Die Stadt hat das Recht, zum Ablauf einer Laufzeit von zehn Jahren unter Einhaltung einer Frist von mindestens 36 Monaten schriftlich zum Jahresende zu kündigen.
- (3) Die Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 10

Auskunftsanspruch

Die Netze BW ist verpflichtet, der Stadt drei Jahre vor Ablauf des Vertrages gemäß § 46a i. V. m. § 46 Abs. 3 EnWG oder einer Nachfolgeregelung unaufgefordert im gesetzlich erforderlichen Umfang und Format all diejenigen Informationen über die technische und wirtschaftliche Situation des Gasversorgungsnetzes

zur Verfügung zu stellen, die für dessen Bewertung im Rahmen einer Bewerbung um den Abschluss eines Konzessionsvertrages erforderlich sind.

§ 11

Endschäftsbestimmungen

- (1) ¹Die Stadt hat das Recht, nach Ablauf des Vertrages die der allgemeinen Versorgung im Konzessionsgebiet dienenden Verteilungsanlagen (§ 3 Nr. 17 EnWG) unter Berücksichtigung der Ziele des § 1 EnWG von der Netze BW zu übernehmen, sofern die Verteilungsanlagen nicht im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Konzessionsvertrages mit einem anderen Energieversorgungsunternehmen an dieses zu übereignen oder überlassen sind. ²Will die Stadt von diesem Recht Gebrauch machen, teilt sie dies der Netze BW spätestens 1 Jahr vor Vertragsende schriftlich mit. ³Das Erwerbsrecht ist mit allen hieraus resultierenden Rechten und Pflichten auf Dritte übertragbar.
- (2) ¹Macht die Stadt von ihrem Recht zur Übernahme nach Abs. 1 Gebrauch, ist sie verpflichtet, alle im Konzessionsgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen der Netze BW zu kaufen, die der allgemeinen Versorgung im Konzessionsgebiet dienen und vom Übertragungsanspruch nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG erfasst sind. ²Alle übrigen Verteilungsanlagen verbleiben bei der Netze BW; hinsichtlich der Anlagen, die teilweise der Versorgung der Stadt dienen und nicht vom Übertragungsanspruch nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG erfasst sind, werden Stadt und Netze BW im Rahmen des Konzepts zur Netztrennung eine angemessene Lösung herbeiführen.
- (3) ¹Ist eine Entflechtung der nach Abs. 2 Satz 1 von der Stadt zu übernehmenden und der nach Abs. 2 Satz 2 bei der Netze BW verbleibenden Verteilungsanlagen erforderlich, wird sich die Netze BW nach Bekanntmachung der Entscheidung über die Vergabe der Konzession, frühestens jedoch zum Ende der Vertragslaufzeit, mit der Stadt über ein Konzept zur Netztrennung einigen. ²Die Entflechtungskosten (Kosten der Netztrennung und der Wiederherstellung der Versorgungssicherheit bezüglich der bei der Netze BW verbleibenden

Verteilungsanlagen) sind von der Netze BW zu tragen, die Einbindungskosten (Kosten für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgungssicherheit der von der Netze BW nach Abs. 1 Satz 1 zu übereignenden oder zu überlassenden Verteilungsanlagen, insbesondere die Kosten der notwendigen messtechnischen Einrichtungen, und zur Anbindung an das vorgelagerte Netz) von der Stadt.

- (4) Die Vertragspartner streben an, die Netztrennung und -einbindung technisch und netzwirtschaftlich sinnvoll umzusetzen, sodass sich hinsichtlich der Versorgungssicherheit weder im übernommenen Netz noch im Netz der Netze BW eine Verschlechterung ergibt.
- (5) ¹Der Kaufpreis für die zu übergebenden Verteilungsanlagen ist die wirtschaftlich angemessene Vergütung gemäß § 46 Abs. 2 EnWG zuzüglich Umsatzsteuer. ²Bei der Ermittlung des Kaufpreises sind die von Anschlussnehmern, der Stadt oder Dritten geleisteten und noch nicht aufgelösten Ertragszuschüsse zu berücksichtigen.
- (6) Der Kaufpreis für die Verteilungsanlagen ist am Tag der Übernahme zur Zahlung fällig.
- (7) ¹Hinsichtlich der nach Abs. 2 Satz 2 bei der Netze BW verbleibenden Verteilungsanlagen bleiben die der Netze BW eingeräumten Rechte nach diesem Vertrag bis zu einer vertraglichen Neuregelung bestehen. ²Über die Einzelheiten der weiteren Inanspruchnahme der gemeindlichen Grundstücke werden Stadt und Netze BW eine gesonderte Vereinbarung abschließen, die die beiderseitigen Interessen ausgewogen berücksichtigt; dazu gehört auch die Festlegung einer angemessenen Vergütung, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

§ 12

Änderung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse

Sollten sich die wirtschaftlichen oder rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsschlusses nachhaltig so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Stadt und der Netze BW nicht mehr in einem

angemessenen Verhältnis zueinanderstehen, kann jeder der beiden Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die geänderten Verhältnisse verlangen, auf § 313 BGB wird hingewiesen.

§ 13

Übertragung des Vertrages

- (1) ¹Die Vertragspartner verpflichten sich, die beiderseitigen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die jeweiligen Rechtsnachfolger zu übertragen. ²Die Übertragung ist rechtzeitig, in der Regel sechs Monate vorher, anzukündigen.
- (2) ¹Die Netze BW ist zu einer Übertragung des Vertrages auf einen Dritten nur dann berechtigt, wenn dieser die Rechte und Pflichten der Netze BW in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsmäßigen Vertragserfüllung berechtigte Bedenken nicht bestehen. ²Die Übertragung bedarf der Zustimmung der Stadt, es sei denn, es handelt sich um eine Übertragung innerhalb eines Konzerns. ³Die Zustimmung darf nur aus berechtigten Gründen verweigert werden.

§ 14

Übertragung des Eigentums am Gasversorgungsnetz

- (1) ¹Eine Übertragung des Eigentums an dem Gasversorgungsnetz während der Laufzeit des Konzessionsvertrages ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Stadt zulässig. ²Dies gilt nicht, wenn es sich um eine Übertragung innerhalb eines Konzerns handelt. ³Die Zustimmung darf nur aus berechtigten Gründen verweigert werden und muss erteilt werden, falls die Netze BW hierzu aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet ist und die Anforderungen des Abs. 2 erfüllt sind.
- (2) ¹Im Fall der Eigentumsübertragung hat die Netze BW stets sicherzustellen, dass die Verpflichtungen gegenüber der Stadt erfüllt werden können. ²Insoweit sind die entsprechenden Vereinbarungen der Stadt vor Erteilung der schriftlichen Zustimmung offenzulegen.

- (3) ¹Erfolgt eine Übertragung des Eigentums an dem Gasversorgungsnetz im Sinne des Abs. 1 ohne die Zustimmung der Stadt, kann die Stadt binnen sechs Monaten nach Kenntnisnahme von diesem Umstand diesen Vertrag mit einer Frist von mindestens zwölf und höchstens 24 Monaten schriftlich zum Monatsende kündigen. ²Hierfür ist es unbeachtlich, ob die Übertragung des Eigentums an dem Gasversorgungsnetz wirksam ist.

§ 15

Kontrollwechsel

- (1) Ändert sich die Kontrolle über die Netze BW, so hat sie diesen Umstand gegenüber der Stadt unverzüglich schriftlich anzuzeigen (anzeigepflichtiger Kontrollwechsel).
- (2) ¹Ein anzeigepflichtiger Kontrollwechsel ist erfüllt, wenn ein anderes Unternehmen die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über die Netze BW im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 2 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) erlangt. ²Insbesondere fallen hierunter:
1. der Übergang von mehr als insgesamt 50 % der Stimmrechte oder Kapitalanteile an der Netze BW auf ein zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrages nicht im Sinne von §§ 15 ff. Aktiengesetz (AktG) verbundenes Unternehmen;
 2. der anderweitige Erwerb der Kontrolle an der Netze BW im Sinne von § 290 Handelsgesetzbuch (HGB) durch ein zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrages nicht im Sinne von §§ 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen;
 3. die Begründung von Nutzungsrechten oder Pfandrechten an mindestens 50 % der Anteile durch ein zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrages nicht im Sinne von §§ 15 ff. AktG verbundenes Unternehmen;
 4. der Abschluss von Verträgen mit Dritten, die diesen einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Organe und/oder Geschäftsleitung einräumen.

§ 16**Schlussbestimmungen**

- (1) ¹Dieser Vertrag basiert auf dem Musterkonzessionsvertrag des Städtetags Baden-Württemberg, des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Neckar-Energieverbands in der Fassung vom 11. September 2023. ²Einigen sich der Städtetag Baden-Württemberg, der Gemeindetag Baden-Württemberg und der Neckar-Energieverband nach Vertragsunterzeichnung gemeinsam darauf, den Musterkonzessionsvertrag zu ändern, so wird die Netze BW der Stadt unverzüglich anbieten, diesen Vertrag an die vereinbarten Änderungen anzupassen, soweit diese für die Stadt günstiger sind als in diesem Vertrag vereinbart. ³Die Annahme des Angebots erfolgt entweder durch eine entsprechende schriftliche Erklärung oder dadurch, dass die Stadt es unterlässt, innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Angebots schriftlich gegenüber der Netze BW die Ablehnung zu erklären.
- (2) ¹Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. ²Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Bestimmung zu ersetzen.
- (3) ¹Bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug des Vertrages werden die Vertragspartner eine gütliche Einigung anstreben. ²Gelingt dies nicht, so entscheiden die ordentlichen Gerichte, sofern sich beide Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachtens einigen.
- (4) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Stuttgart.
- (5) Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Für die Stadt Holzgerlingen laut Beschluss des Gemeinderats vom:

.....

Holzgerlingen, den

.....
Ioannis Delakos
Bürgermeister

Netze BW GmbH

.....
i. V. Petra Schweizer
Leiterin Konzessionen

.....
i. V. Daniel Jundt
Leiter Konzessionsmanagement

Anlage 1:**Erläuterung zu § 8 Abs. 1 des Konzessionsvertrages zwischen der Netze BW
und der Stadt Holzgerlingen:**

1. Einen Jahresplan für die Investition und Instandhaltung in Bezug auf die Verteilungsanlagen für das folgende Jahr, sowie eine 3-jährige Perspektivplanung. Dies beinhaltet auch einen Statusbericht über den aktuellen Stand der laufenden Maßnahmen.
2. Information über geplante Investitionsprojekte im Bereich erneuerbare Energien (Einspeisung von Biogas im Konzessionsgebiet, Speicherung von regenerativ erzeugtem Strom in Form von Power-to-Gas-Anlagen).
3. Information über geplante oder durchgeführte Nachberohrungs- oder Verdichtungsmaßnahmen im Gasnetz (z. B. Erschließung von Neubaugebieten).
4. Informationen über berichtspflichtige Störfälle (§ 52 EnWG) und drohende Netzengpässe.

Anlage 2:**Angaben zum örtlichen Gasverteilernetz in der Stadt Holzgerlingen**

Nachfolgend erhalten Sie die kurzfristig verfügbaren Angaben zum örtlichen Gasverteilernetz

in der Stadt Holzgerlingen (Stand 31.12.xx):

1 Kunden- und Mengendaten (Übersicht)

Übersicht	
Netznutzungsmengen SLP (Standardlastprofil)-Kunden	GWh
Netznutzungsmengen LGZ (Lastgangzählung)-Kunden	GWh
Vorhalteleistung SLP-Kunden (-10,1°C)	kW
Leistung LGZ-Kunden	kW
Zählpunkte SLP-Kunden	Stück
Zählpunkte LGZ-Kunden	Stück
Anzahl Hausanschlüsse	Stück

1.1 Angaben zu SLP-Kunden (nicht leistungsgemessene Kunden)

Netzkundenaufteilung nach Arbeit	
Kundengruppe 1 (bis 20.000 kWh)	Stück
Kundengruppe 2 (bis 250.000 kWh)	Stück
Kundengruppe 3 (ab 250.000 kWh)	Stück
Summe der SLP-Kunden	Stück

Arbeit je Kunde	
Kundengruppe 1 (bis 20.000 kWh)	kWh
Kundengruppe 2 (bis 250.000 kWh)	kWh
Kundengruppe 3 (ab 250.000 kWh)	kWh
Summe in kWh	kWh

1.2 Angaben zu RLM-Kunden (leistungsgemessene Kunden)

Netzkundenaufteilung nach Leistung	
Kundengruppe 1 (bis 3.000 kW)	Stück
Kundengruppe 2 (ab 3.000 kW)	Stück
Summe der RLM-Kunden	Stück

Netzkundenaufteilung nach Arbeit	
Kundengruppe 1 (bis 5.000.000 kWh)	Stück
Kundengruppe 2 (ab 5.000.000 kWh)	Stück
Summe der RLM-Kunden	Stück

Arbeit je Kundengruppe	
Kundengruppe 1 (bis 5.000.000 kWh)	kWh
Kundengruppe 2 (ab 5.000.000 kWh)	kWh
Gesamtmenge in kWh	kWh

2 Verteilernetz nach Druckstufen (Übersicht)

Übersicht	
Versorgungsleitung Niederdruck (VG) (<0,1 bar)	m
Versorgungsleitung Mitteldruck (VGM) (0,1-1 bar)	m
Versorgungsleitung Niederdruck (AG) (<0,1 bar)	m
Versorgungsleitung Mitteldruck (AGM) (0,1-1 bar)	m
Ortsnetzregelanlagen	Stück
Kundenregelanlagen	Stück
Übergabestationen	Stück

2.1 Altersstruktur Niederdruck

	VG	AG	Hausanschlüsse ND
0 – 5 Jahre		m	m Stück
5 – 10 Jahre		m	m Stück
10 – 15 Jahre		m	m Stück
15 – 20 Jahre		m	m Stück
20 – 25 Jahre		m	m Stück
25 – 30 Jahre		m	m Stück
Älter 30 Jahre		m	m Stück
Summe		m	m Stück

2.2 Altersstruktur Mitteldruck

	VGM	AGM	Hausanschlüsse MD
0 – 5 Jahre		m	m Stück
5 – 10 Jahre		m	m Stück
10 – 15 Jahre		m	m Stück
15 – 20 Jahre		m	m Stück
20 – 25 Jahre		m	m Stück
25 – 30 Jahre		m	m Stück
Älter 30 Jahre		m	m Stück
Summe		m	m Stück

2.3 Altersstruktur Kundenregel- und Gasdrucknetzanlagen

	Kundenanlagen	Gasdruckregelnetzanlagen
0 – 5 Jahre	Stück	Stück
5 – 10 Jahre	Stück	Stück
10 – 15 Jahre	Stück	Stück
15 – 20 Jahre	Stück	Stück
20 – 25 Jahre	Stück	Stück
25 – 30 Jahre	Stück	Stück
Älter 30 Jahre	Stück	Stück
Summe	Stück	Stück

3 Art der Anlagegüter

Werkstoff der Rohrleitung	Werkstoff der Rohrumhüllung	Anteil ND	Anteil MD
Stahl	Bitumen	%	%
Stahl	PE-Beschichtung mit Faserzement	%	%
Stahl	Kunststoff/PE	%	%
Stahl	Epoxidharz mit Faserzement	%	%
Stahl	kein Außenschutz	%	%
Stahl	unbekannt	%	%
Guss	kein Außenschutz	%	%
PE hart (PEH)	kein Außenschutz	%	%
PE hart (PEH)	unbekannt	%	%
PE vernetz (PEXa)	kein Außenschutz	%	%
PE vernetz (PEXa)	unbekannt	%	%
PE 100	kein Außenschutz	%	%
PE 100	maßlich additive Schutzschicht	%	%
PE 100	Schutzschicht mit Diffus-Sperre	%	%
PE 80	kein Außenschutz	%	%
PE 80	maßlich additive Schutzschicht	%	%
PEW	unbekannt	%	%
Summe		100	100

Anlage Karte:

Die Karte des gesamten Konzessionsgebiets gemäß § 2 Abs. 1 des Konzessionsvertrages entspricht der Karte auf der KommunalPlattform:

Die Karte befindet sich unter folgendem Link:

<https://www.netze-bw.de/kommunen/kommunalplattform>